



Mitglied des IFSW (International Federation of Social Workers)

***DBSH-Betriebsgruppe Bezirkssozialarbeit***  
*im Sozialreferat der Landeshauptstadt München*

***Postadresse:***  
DBSH-Betriebsgruppe BSA München  
C/O Michael Elbert, Kirchenstr. 90.  
81675 München

## ***Offener Brief***

München, der 3.4.08

**An das  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,  
Familienministerin Ursula von der Leyen**

**11018 Berlin**

Sehr geehrte Frau von der Leyen,

Jessica, Kevin oder Lea – Sophie: Todesfälle von Kindern gehen immer wieder durch die Presse. Todesfälle, in deren Zusammenhang sich einzelne Jugendamtsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter vor ihrem eigenen Gewissen, vor der Öffentlichkeit und z. T. auch vor der Staatsanwaltschaft verantworten müssen. Sie werden jedoch nicht nur bezüglich ihres individuellen Handelns zur Rechenschaft gezogen, sondern indirekt auch für ihre Arbeitsbedingungen, die sich aber ihrem Einfluss weitgehend entziehen.

Die Anforderungen an unsere Tätigkeit und unsere Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Der gesellschaftliche Wandel führt dazu, dass immer mehr Eltern der Versorgung und Erziehung ihrer Kinder nicht mehr gewachsen sind.

Der Sparzwang der Öffentlichen Haushalte hat auch in den Jugendämtern Spuren hinterlassen, obwohl viele von uns von Anfang an darauf hingewiesen haben, dass dies langfristig ein Irrweg ist und an anderer Stelle weit höhere Kosten verursachen wird:

(Mitglied des IFSW (International Federation of Social Workers))

Viele Stellen fielen der Haushaltskonsolidierung zum Opfer, dem Fallzuwachs wurde seit Jahren nicht ausreichend Rechnung getragen, Zuschüsse an freie Träger wurden gekürzt, wodurch notwendige Hilfen für Kinder und ihre Familien nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen, bzw. lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen.

Behördliche Sozialarbeit wird mit betriebswirtschaftlichen Mitteln gesteuert, um Kosten zu senken und die Effizienz zu steigern. Dafür wurden vermehrt Stellen für Controlling und Koordinierung der Hilfen geschaffen, um das Äußerste aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern herauszuholen. Sie sind mehr und mehr damit beschäftigt, ihr Handeln sorgfältigst zu dokumentieren, um den Controlling – Ansprüchen gerecht zu werden bzw. sich für den Fall der Fälle entsprechend abzusichern.

Jede(r) von uns hat Angst davor, dass es sie /ihn einmal treffen könnte und es kann uns alle treffen! Wer über Jahre hinweg unter so schlechten Arbeitsbedingungen ein so hohes Maß an Verantwortung trägt und dafür keinerlei Wertschätzung erfährt, geht entweder in die innere Emigration oder nimmt auf Dauer selbst gesundheitlich Schaden.

Schulduweisungen an das Jugendamt von Seiten der Presse sind an der Tagesordnung. Ganz gleich, ob wir vermeintlich zu schnell oder zu spät intervenieren, Kritik am Jugendamt sorgt immer für eine gute Quote.

Ihre - bereits kurz nach dem Tod der kleinen Lea – Sophie aus Schwerin - über die Medien verbreitete Äußerung, das Jugendamt habe im vorliegenden Fall „wohl auch nicht alles richtig gemacht“, empfinden wir als unerträgliche Vorverurteilung der Kolleginnen und Kollegen und als öffentliche Diskreditierung der Jugendamtsarbeit im Allgemeinen.

Sie ist Ausdruck einer empörenden Doppelmoral von Politik und einer Gesellschaft, die nicht bereit ist, sich den wirksamen Schutz und die Förderung von Kindern auch etwas kosten zu lassen.

Armut stellt einen wesentlichen Risikofaktor für das Kindeswohl dar. Die geplante Kindergelderhöhung bringt Kindern im SGB II – Leistungsbezug aber keinerlei finanzielle Verbesserung, da das Kindergeld voll als Einkommen angerechnet wird. Eine Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die SGB II – Leistungen würde die betroffenen Familien, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendämter spürbar entlasten.

Verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen und frühe Hilfen können zwar sicherlich nicht schaden, ein umfassender Kinderschutz kann jedoch dadurch nicht gewährleistet werden. Sie werden lediglich zu einem höheren Fallaufkommen in den Jugendämtern führen, dem wir schon heute nicht mehr gerecht werden können.

Das geplante Betreuungsgeld ist unter Kinderschutz- und Förderungsaspekten völlig kontraproduktiv. Wir fordern stattdessen eine bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung für alle Altersgruppen, sowie den Ausbau der Ganztagschule.

(Mitglied des IFSW (International Federation of Social Workers))

Selbst eine engmaschige Betreuung und Begleitung von Risikofamilien – die unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen überhaupt nicht leistbar ist – wird nicht verhindern können, dass Kinder vor den Augen unserer Gesellschaft zu Tode kommen, bestenfalls lässt sich die Zahl der Todesfälle reduzieren.

Sehr geehrte Frau von der Leyen, wir fordern Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Politik hiermit auf, sich bundesweit für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Jugendämtern einzusetzen. Machen Sie sich stark für

- I. eine ausreichende Personal- und Ressourcenausstattung der Jugendämter, die dem steigenden Fallaufkommen und der zunehmenden Komplexität der Fälle gerecht wird,
- II. eine angemessene Bezahlung der behördlichen Sozialarbeit, die der großen - von uns zu tragenden - Verantwortung für Menschenleben und der damit verbundenen extremen psychischen Belastung entspricht (Anfangsgehalt TVöD mind. E 11 bei höchstens 38,5 Wochenstunden),
- III. umfassenden und sofortigen Rechtsschutz von Jugendamtsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern, die strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden
- IV. und für eine Verbesserung unseres Ansehens in der Öffentlichkeit.

mit freundlichen Grüßen

für die DBSH-Betriebsgruppe

Michael Elbert

Abdruck an:

1. Christa Stewens, Staatsministerin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
2. Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München
3. Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages
4. Stadtratsfraktionen der Landeshauptstadt München
5. Friedrich Graffe, Sozialreferent der Landeshauptstadt München
6. Frau Hügenell, Leiterin der Koordinierungsstelle der Landeshauptstadt München
7. Frau Dr. Maria Kurz-Adam, Leiterin des Stadtjugendamtes der Landeshauptstadt München
8. Referatspersonalrat (S-PR) und Personalrat Sozialbereich (S-SB-PR)
9. Michael Leinenbach, Vorsitzender des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit DBSH
10. Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di
11. Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW
12. verschiedene Presseorgane, u.a: SZ, Frankfurter Rundschau, FAZ, Stern, Spiegel, Die Zeit, Die Welt, TAZ